

Sitzungsvorlage
Antrag

Nr.: 2012/227

**Aussprache zum Endlagersuchgesetz und zur Vorläufigen Sicherheitsanalyse,
ggfs. Beschlussfassung**

Kreisausschuss	17.10.2012	TOP 2
Kreistag	17.10.2012	TOP 2

Eingang per Mail am 26.09.2012, 15:00 Uhr

Sehr geehrter Herr Landrat Schulz,

anliegend übersende ich Ihnen den Antrag der Gruppe X für einen Sonderkreistag auch für eine Vorberatung im Kreisausschuss. Es könnte sein, dass der Antrag noch **leicht** modifiziert wird, da bislang noch kein abschließendes Votum in der Gruppe abgegeben wurde. Inhaltlich stimmt man jedoch dem Antrag zu.

Wegen eines Termins für den KT wäre es m.E. angebracht, wenn der Bundesumweltminister vorab kontaktiert wird, um in Erfahrung zu bringen, ob sein Terminkalender vor einer endgültigen Entscheidung in dieser Angelegenheit noch Raum für einen Besuch in unserem Kreistag bietet. Wenn nicht, sollte der Termin für die KT-Sitzung so bald als möglich anberaumt werden.

Für Rückfragen stehe ich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Sauter

Sehr geehrter Herr Landrat,

Aus gegebenem Anlass beantragt die GruppeX einen Sonderkreistag zum Thema:

Informationen zum Stand des Endlagersuch-Gesetzes und der Vorläufigen Sicherheitsanalyse
zum nächstmöglichen Termin.

Wir beantragen,

- den Bundesumweltminister, Herrn Dr. Altmaier, sowie von jeder im Bundestag und in der Bund-Länder-Verhandlungskommission damit befassten Fraktion jeweils eine verantwortliche Person hierzu einzuladen.
- den Leiter des Bundesamtes für Strahlenschutz, Herrn Wolfram König, dazuzuladen, der über die geplanten Forschungen im Salz und den Stand bisherigen Erkenntnisse Auskunft erteilen kann.
- Informationen über den Stand der "Vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben"(VSG)" und deren Bestandteile bzw. eventuellen Ergebnisse zu erhalten.

Für die Kreistagssitzung benennen die Kreistagsfraktionen Sachverständige mit Rederecht.

Der Kreistag Lüchow-Dannenberg erwartet, dass keine weiteren Castoren in das Zwischenlager Gorleben eingelagert werden, da jeder zusätzliche Castor die Ergebnisoffenheit des erst noch zu installierenden Verfahrens von Anfang an in Zweifel zöge.

Begründung:

Der Bundesumweltminister hatte angekündigt, dass er bis Ende September einen fertigen Entwurf für ein Endlagersuchgesetz vorlegen wollte. Die Mehrheit des Kreistages hält den Zeitplan trotz aller

Dringlichkeit für viel zu kurz und das Thema für zu brisant, als dass ohne eine nationale Debatte mit breiter öffentlicher Beteiligung ein solches Vorhaben umgesetzt werden könnte.

Der Kreistag Lüchow - Dannenberg fordert darum eine solche Debatte zum wiederholten Mal. Er fordert ebenso, dass zuerst in einem offenen Prozess alle Rahmenbedingungen für eine Endlagersuche erarbeitet werden müssen, bevor die Inhalte eines Suchgesetzes festgestellt werden können. Wir bitten Herrn Dr. Altmaier, in einer öffentlichen Kreistagssitzung die Bevölkerung und den Kreistag über den Stand der Dinge zu informieren, ebenso wie alle anderen an den Gesprächen beteiligten VertreterInnen der Bundestagsparteien und der beteiligten Behörde.

Mit freundlichen Grüßen.

Eingebracht für die Gruppe X
durch die Fraktion Bündnis '90 / DIE GRÜNEN

Stellungnahme der Verwaltung:

./.

Anlagen:

./.

Finanzielle Auswirkungen:

./.
